

Basta!

Basels starke Alternative

GRUNDRECHTE

Polizeigewalt - Chronologie der Willkür



Symbolbild, Frankfurt 2015 Blockupy, Foto: Franziska Stier

Es dauert einen Moment bis Arianne realisiert, dass es sich nicht um einen schlechten Scherz ihrer Mitbewohnerinnen handelt. Ein lautes Hämmern an die Wohnungstüre hat sie aufgeweckt. Mit kräftiger Stimme ruft jemand «Polizei!». Die Türe wird aufgeschlagen, Schritte und Stimmen sind zu hören. Geschockt bleibt sie in ihrem Bett, im Dachgeschoss des vierstöckigen Hauses liegen. Kurz darauf betreten drei Männer mit Sturmmasken ihr Zimmer. Es gäbe eine Hausdurchsuchung, sie müsse sich jetzt ausweisen. Arianne schlägt die Decke zurück und sucht im Pijama ihre ID. «Was ist hier eigentlich los?», fragt sie.

Eine Antwort erhält sie erst später am Küchentisch, wo nun auch ihre zwei Mitbewohnerinnen sitzen. Es tue ihm leid, erklärt der Einsatzleiter. Die gesuchte Person sei nicht gefunden worden. Das wird nicht nur in ihrer WG gesagt, sondern in sämtlichen vier Wohnungen, die sich in dem Haus befinden und von der Durchsuchung betroffen waren.

Erst später erfährt Arianne, weshalb sich drei verummte Polizisten das Recht nahmen, in ihren intimsten Raum einzudringen.

Grund für diese Hausdurchsuchung sei, dass die gesuchte Person an einer unbewilligten Demo teilgenommen habe. «Viele von uns nahmen schon mal an einer Demo teil. Das ist Willkür, die uns alle treffen könnte.»

Die Willkür hat System

Ein Blick aufs letzte halbe Jahr zeigt deutlich, dass Ariannes Erlebnis kein Einzelfall ist. Nachfolgend eine unvollständige Chronologie der Geschehnisse aus Gesprächen mit Betroffenen.

Im Frühsommer fand eine Demonstration gegen den Erweiterungsbau des Bässlergut-Gefängnisses statt. An der durchmischten Demo wollten unter anderem auch Familien und ältere Personen ihren Unmut kundtun. Die Polizei versuchte den Umzug kurz nach Beginn auf einer Brücke einzukesseln. Damit wurde bewusst eine Paniksituation provoziert, welche alle Anwesenden in Gefahr versetzte. Alle konnten entkommen, teilweise führte der Weg über eine Brückenböschung.

Die als „Sicherungseinsatz“ getarnte Räumung der Schwarzen Erle im Spätsommer hatte zwei weitere Demonstrationen zur

weiter auf Seite 4

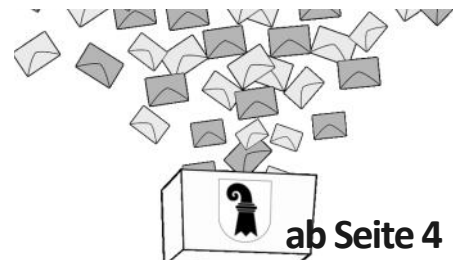
Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

AZB
4005 Basel



Seite 2

Interview mit Leyla Imret,
Bürgermeisterin Cizre



ab Seite 4

Abstimmungsparolen und
Diskussionsbeiträge



Seite 6

Neoliberaler Unfug im
Gesundheitswesen

Montag, 26. Februar

Koordination

Sonntag, 04. März

Abstimmungstermin (Siehe S. 5)

Donnerstag, 08. März

Frauen*kampftag

Dienstag, 13. März

Koordination

Montag, 26. März

Koordination

Donnerstag, 12. April

Jahresversammlung

Montag, 23. April

Koordination

Montag, 30. April

Benefizanlass in Planung

1. Mai

Kampftag der ArbeiterInnen*bewegung

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr 01/2018

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Mariann Gloor, Till Kleisli

Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier

Auflage: 1300

Herausgeber: Förderverein BastA!,

Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

Im Herzen in Cizre



Leyla Imret ist Bürgermeisterin von Cizre. Am 30. März 2014 wurde sie dort zur jüngsten Bürgermeisterin der Türkei gewählt. Sie startete mit 20 ambitionierten Projekten ins Amt, verbunden mit dem Ziel, Cizre zu einem wohnlichen Zuhause für alle Menschen zu machen. Doch vieles kam anders. Der fragile Waffenstillstand zwischen der türkischen Regierung und kurdischen Milizen brach. Cizre versank im Krieg. Leyla Imret wurde ihres Amtes enthoben und lebt jetzt wieder wie schon zu ihrer Schulzeit in Deutschland.

Nach dem Ende des Waffenstillstands wurde Cizre mehrfach belagert, und die Regierung verhängte Ausgangssperren. Die längste dauerte 79 Tage. Wohngebiete wurden bombardiert. Menschen verbrannten in ihren Kellern. Leyla Imret wurde ihres Amtes enthoben, verhaftet, freigesprochen und erneut angeklagt. Nun lebt sie wieder in Deutschland, aber im Herzen ist sie in Cizre.

Es gibt hundert Fragen, die man ihr stellen möchte, und aus jeder Antwort ergeben sich neue. Doch das Eindrücklichste an ihr ist wohl ihr Blick auf Politik und ihre Art zu gestalten. Für dieses eine Mal sollen nicht die Gräueltaten, die in Cizre passiert sind, im Zentrum stehen, sondern das politische Alltagsgeschäft und eine etwas andere Haltung zu Kommunalpolitik, als wir sie kennen.

Die HDP hat das Prinzip der gemischt geschlechtlichen Präsidien. Das gilt nicht nur für parteiinterne Funktionen, sondern auch auf Bürgermeisterebene. Du teilst dir also das Amt mit einem Mann. Wie kam es dazu, und was hat sich damit verändert?

Zunächst gab es in unserer Partei eine 40 Prozent-Quote für Frauen. Mit der Zeit zogen auch bei den anderen Parteien immer mehr Frauen ein. Wir haben aber gemerkt, dass sich damit nicht viel verändert hat. Viele Frauen traten weiterhin nicht aus dem Schatten der Männer, und auch bei uns waren die Frauen nicht gleich beteiligt. Innerhalb der Partei hatten wir ein Co-Präsidium. Wir haben das Konzept dann auch für die kommunale Ebene in den gewählten Strukturen umgesetzt.

Es geht uns darum, eine weibliche Sicht in die Politik zu tragen. Denn nur so können wir auch die Gesellschaft verändern. Es gibt keine Befreiung, wenn Frauen Politik machen wie Männer. Wir sollten keine Politik von oben herab machen.

Wie habt ihr das gemacht? Die Türkei anerkennt ja nur eine gewählte Person.

Es war nicht einfach. Besonders dort, wo Männer die offiziell gewählten Bürgermeister waren, war es schwierig, die Co-Bürgermeisterinnen gleichermaßen zu beteiligen. Wir mussten uns neue Strategien überlegen. Also haben wir beispielsweise die Finanzen geteilt. Und ein Teil der Gelder war ausschließlich den Frauen vorbehalten. Wir haben dann Frauenstrukturen geschaffen und miteinander diskutiert, was wir mit dem Geld machen und was die Frauen in der Stadt brauchen. Das haben wir den Männern dann einfach mitgeteilt.

"ES GIBT KEINE BEFREIUNG, WENN FRAUEN POLITIK MACHEN WIE MÄNNER."

Wir haben nicht gewartet, bis sie uns etwas geben, sondern wir haben Tatsachen geschaffen (lacht). Wir haben ihnen gesagt, dass wir als Frauen über unser Leben und unsere Projekte selbst entscheiden wollen. Dann sind wir auch auf die Straßen gegangen und haben mit den Frauen vor Ort gesprochen und sie einbezogen. Als wir angefangen haben, diese Politik in den kommunalen Strukturen umzusetzen, waren unsere Bürgermeisterinnen nicht mehr allein. Sie hatten viele Frauen um sich, die mit ihnen gemeinsam überlegt und gemeinsam gehandelt haben.

Gab es keinen Widerstand der Männer?

Viele Männer würden ihre Macht nicht von allein teilen. Sie wollen mitentscheiden, auch über das Leben der Frauen, weil sie es so gewohnt sind. Wir müssen also partnerschaftlich mit unseren Männern und Co-Bürgermeistern streiten, damit sie lernen, dass sie nicht über unsere Belange entscheiden dürfen. Das war für uns alle ein



Cizre, 2. März 2016; Foto: CC Nedim Yilmaz

revolutionärer Schritt.

In Cizre haben wir beispielsweise nur sechs Stadträtinnen von dreißig gewählt. Ich habe dann entschieden, dass in jeder Kommission mindestens zwei Frauen sitzen müssen. Das wollten die Männer nicht, und für die Frauen bedeutete es viel mehr Arbeit. Aber es war nötig, um in allen Gremien auch eine weibliche Perspektive zu haben.

Was hat sich in deiner Amtszeit Zeit für die Frauen verändert?

Ich war die erste Frau, die in Cizre zur Bürgermeisterin gewählt wurde. Als ich begann, haben 20 Frauen in der Verwaltung gearbeitet. Sie waren in Bereichen tätig, in denen man sie nicht gesehen hat und sie kaum Entscheidungen treffen konnten. Wir haben dann zusammen geschaut, wie sie sich weiterbilden können, und ihnen mehr Sichtbarkeit im Rathaus verschafft.

Es gab aber auch Veränderungen in der Gesellschaft. Bisher gingen fast ausschließlich Männer zu den Bürgermeistern, um ihre Anliegen vorzutragen. Doch als ich gewählt wurde, kamen fast nur Frauen in unsere Sprechstunde. Einige wollten auch nur mit mir allein sprechen. Oft wurden sie von ihrer Familie oder ihren Männern geschickt, im Glauben, dass ich ihnen besser zuhöre als ihrem Mann. Das stimmt zwar nicht, aber dadurch erhielten sie auch neue Aufgaben und Wertschätzung in der Familie und begannen, den politischen Alltag der Familie zu gestalten. Sie haben dabei gelernt, sich selbst und ihre Anliegen zu vertreten.

Wie wirkte sich das aus?

Die kurdische Befreiungsbewegung hat zwar gezeigt, dass Frauen alles können, doch die politische Vertretung durch eine Frau war neu und hat nochmal eine andere Dimension eröffnet. Wenn eine Frau beispielsweise familiäre Probleme hat, konnte sie diese bisher nur mit dem Bürgermeister, einem Mann besprechen. Und ein Mann sieht die Probleme oft anders: „Bleib ruhig, halt dich zurück, mach doch einfach mit... Es ist dein Mann... dein Bruder... dein Vater... Es ist nicht schlimm.“ Als wäre es dein Schicksal und als würde es große Scham bringen sich gegen die Männer zu stellen.

Gewalt gegen Frauen ist ein großes Thema. Unsere Partei hat in Cizre zudem einen Verein gegründet, der Frauen bei familiärer Gewalt Unterstützung gibt. Wir haben Soziologen und Psychologen geholt, die sich um die Sicherheit und Gesundheit der betroffenen Frauen kümmern. Dieses Projekt brachte große Erleichterung.

Im Film „Dil Leyla“ gibt es eine Sequenz, in der du mit den Kindern über einen Spielplatz sprichst. Eure Begegnung ist sehr herzlich. Wie ist die Situation der Kinder in Cizre?

Ich habe mich nicht nur mit Frauen, sondern auch mit den Jugendlichen und separat mit den Kindern getroffen. Von den 140 000 Einwohnern in Cizre sind 35 Prozent Kinder und 45 Prozent Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren.

In der Zeit des Friedensprozesses kam beispielsweise die Polizei zu mir. Sie fragten mich, warum die Kinder sie immer wieder mit Steinen bewerfen und ob ich das ändern könne.

Die Kinder oder die Jugendlichen?

Die Kinder. Wenn sie einen Panzer sehen, werfen sie mit Steinen. Es ist fast wie ein Spiel für sie. Die Polizei wirft Tränengasgranaten nach ihnen, und sie laufen und verstecken sich. Aber es ist kein Spiel. Sie verbringen ihre ganze Kindheit im Krieg. Und sie sehen, dass Polizisten und Panzer Schaden bringen, Menschen töten, ihr Zuhause zerstören.

Wir haben daraufhin einen Kindertag organisiert, und ich habe mich mit ihnen getroffen, um herauszufinden, was ihre Wünsche sind. Fast keines der Kinder wünschte sich einen Ort zum Spielen. Sie wollen, dass keine Panzer mehr kommen und keine Kinder mehr getötet werden. Sie wollen Frieden und Rechte, aber auch Kurdisch sprechen in der Schule. Das waren keine Kinderträume. Es waren Wünsche von Erwachsenen. Sie sind gezwungen, schon so früh erwachsen zu sein. Es macht mich traurig zu sehen, dass ihnen ihre Kindheit von der türkischen Regierung genommen wird. Sie haben ein Recht darauf. Wie soll ich all diese Verletzungen heilen?

In der Türkei erhalten gewählte Abgeordnete viel Respekt und große Wertschätzung. Aber man ist auch für nahezu alles zuständig. Wie bist du damit umgegangen?

Wenn dich jemand wählt und dir sein Vertrauen schenkt, dann darfst du es nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Man muss wissen, was man auf sich nimmt. Ich hatte immer das Gefühl, dass ich alles tun muss, um die Liebe, die mir entgegengebracht wird, nicht zu verlieren. Das ist nicht so einfach. Ich wollte am liebsten immer für alle da sein. Manchmal ist das nicht möglich. Wie bei dem Massnmord oder den Unruhen der letzten Zeiten. Das ist schwer. Aber die Menschen haben gesehen, dass ich immer alles versucht habe und bei ihnen war.

Manchmal musste ich auch radikale Ent-

scheidungen treffen. Entscheidungen, die mir weh taten. Aber ich habe auch Verantwortung für ganz Cizre. Das wird nicht immer sofort gesehen. In anderen Momenten wurden Entscheidungen getroffen, die ich nicht beeinflussen konnte und die ich falsch fand. Ich stand aber dennoch hinter meinem Volk. Es ist nicht einfach diese Verantwortung zu tragen, aber es ist für mich die schönste Sache, für die Menschen da zu sein.

Du bist mit 20 Projekten zum Aufbau der Stadt angetreten. Ein neuer Markt, eine Kläranlage für sauberes Wasser... und jede Woche kamen Menschen zu dir; um ihre Probleme und Anliegen zu besprechen. Wie bist du damit umgegangen und wie hast du entschieden, was zuerst getan wird?

Wir haben das mit dem Volk abgestimmt. Wir haben sie gefragt, welche Projekte die größte Dringlichkeit haben. Jeder der 30 Stadträte hat in einem Stadtgebiet gefragt. Es gab Volkstreffen und schließlich Online-Befragungen. Einige kamen auch direkt mit ihrer Liste ins Rathaus.

Wir haben unsere Verwaltung so umgebaut, dass sich jeder beteiligen, Projekte und Wünsche einbringen konnte. Die Euphorie war groß, und die Menschen haben die Gestaltung der Stadt wahrgenommen wie die Gestaltung ihres eigenen Hauses und sich überall beteiligt.

Gleichzeitig haben wir geschaut, dass auch überall eine Frauenperspektive hineingetragen wird. Das fängt schon beim Stadtdesign an. Wenn wir einen Park bauen, dann muss er nicht nur hübsch sein, sondern auch praktisch. Er muss Platz für die Frauen bieten zum Sitzen und zum Genießen. Wir wollten Cizre zu einem wohnlichen Zuhause machen.

Angenommen die Menschen in Cizre würden das Interview lesen, was würdest du ihnen sagen?

Ich habe große Sehnsucht nach Cizre und seinen Menschen. Im Herzen fühle ich mich noch immer für sie verantwortlich und bin bei ihnen. Cizre ist mein Zuhause, und ich wollte für immer dort leben. Aber die Regierung hat mich erneut von meinem Boden, meinem Zuhause, meiner Familie und meinem Volk getrennt. Es ist das zweite Mal, und es ist noch schwieriger, weil meine Familie so groß ist wie Cizres Bevölkerung.

Ich würde alles daransetzen, dass sie diese schwere Zeit nicht noch einmal durchleben müssen. Und ich fühle noch immer ihren Schmerz, aber auch ihre Freude. In der Hoffnung und Erwartung, dass sich die Zeiten bald normalisieren, warte ich hier auf eine baldige Umarmung von euch in Cizre.



Das Interview führte Franziska Stier; Es wurde am 17. Dezember 2017 auf beobachternews.de veröffentlicht



Räumung der "Schwarzen Erle" am 23. August 2017; Foto: Franziska Stier

Folge. Die eine wurde unter Einsatz von Gummischrot und Knüppeln aufgelöst, bei der anderen blieb die Polizei im Hintergrund. Infolge solch unterschiedlicher Erfahrungen wird das Verhalten der Polizei für Beteiligte zu einer schwer einschätzbaren Sache. Niemand weiss mehr, womit bei der Teilnahme an einer Demo zu rechnen ist.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte das Polizeiaufgebot - diesmal mit Unterstützung aus Bern - an der ‚Recht auf Stadt‘-Demo im Herbst. Der gesamte Claraplatz wurde umstellt, wobei potenzielle Teilnehmende bereits im Voraus durch ein spezielles Schreiben eingeschüchtert wurden. Das Erscheinen an unbewilligten Kundgebungen sei strafbar, hiess es darin. Schlussendlich konnte der Umzug doch noch starten, wurde jedoch fortlaufend von einem immensen Aufgebot begleitet. Ähnlich verhielt sich die Polizei bei der Demo gegen Repression im

Dezember. Sie versperrte den Weg und forderte auf den Demonstrationszug zu verlassen. Den Personen, die daraufhin gehen wollten, wurde genau das jedoch von einem weiteren Polizeitrupp verunmöglicht.

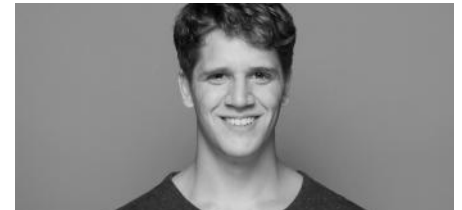
Ebenfalls im Dezember wurde an der Gärtnerstrasse 112 ein Haus besetzt. Obwohl die Polizei den Anwesenden ein einstündiges Ultimatum zum Verlassen der Liegenschaft gab, wurde diese bereits 15 Minuten später geräumt. Dabei wurden zwei Personen von der Polizei mitgenommen. Erst als deren Anwalt mit einer Anzeige auf Freiheitsberaubung drohte, wurden sie aus der widerrechtlich langen Haft entlassen.

Im neuen Jahr nahm das Verhalten der Polizei ein bisher unbekanntes Ausmass an. Für einen Freund, der ein halbes Jahr im Ausland war, wurde ein Willkommensfest mit rund 30 Personen veranstaltet. Nach der zweiten Lärmklage umstellten 15 Polizei-

fahrzeuge das Haus und mindestens 35 Polizisten, teilweise mit Gummischrot oder Pfefferspray im Anschlag, bedrängten alle Anwesenden mit massiver Gewalt. Fünf Personen wurden zwei Tage lang festgenommen.

Dass hierbei nicht die beiden Lärmklagen im Zentrum stehen, legt die Aussage des Polizeisprechers Martin Schütz nahe. Er erklärt den Einsatz in einem Interview mit der Tageswoche damit, dass „die vorwiegend jungen Anwesenden der Partyszene und teilweise der linksextremen Szene zuzuordnen“ seien.

Obwohl hier bei weitem nicht alle Vorfälle der letzten Monate dargestellt sind, zeigt die Chronologie eine deutliche Häufigkeit auf. Aussagen wie die von Polizeisprecher Schütz veranlassen zur Annahme, dass das beschriebene Vorgehen der Polizei durchaus System hat. Personen werden mit prägenden und einschüchternden Erlebnissen konfrontiert. Was für Gedanken solche Begegnungen bei den Betroffenen hinterlassen, zeigt der Fall von Arianne. Sie hält fest: „Erst im Nachhinein wurde mir bewusst, dass ich mit einem grossen Unrecht konfrontiert wurde.“



Nicola Goepfert

„Goldene Fallschirme“ Da war doch noch was...

Auf kantonaler Ebene können die StimmbürgerInnen am 4. März nicht nur über die Initiative für eine nachhaltige und faire Ernährung abstimmen, sondern auch über eine Initiative der Grünliberalen, die schon fast als bizarr bezeichnet werden kann.

Auf den ersten Blick erscheint das Anliegen durchaus nachvollziehbar: Die Initiative möchte die Ruhegehälter von ehemaligen RegierungsrätInnen senken und die Bezugszeit verkürzen.

Auf den zweiten Blick gibt es verschiedene Gründe, die diese Initiative als populistischen Profilierungsversuch der GIP entlarven. Dass eine Partei, die sich in den Jahren seit ihres Bestehens fast ausschliesslich mit Steuersenkungsvorlagen für gut Betuchte hervorgetan und sich für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für kantonale Angestellte engagiert hat, sich nun als „Robin Hood für die wenig Verdienenden und Ü-50-Arbeitslosen“ zu profilieren versucht, ist dreist. Dass sich die Grünliberalen und ihre UnterstützerInnen –

bis Redaktionsschluss sind das der Gewerbeverband, die FDP und die junge SVP - dafür populistischer Argumentation im Stil von „wir gegen das Polit-Establishment“ bedienen, macht die Kampagne nicht erträglicher.

Die Initiative will, dass RegierungsrätInnen anstatt bis zu 10 Jahre nur noch höchstens drei Jahre lang ein sogenanntes Ruhegehalt beziehen können. Es ist unbestritten, dass RegierungsrätInnen hohe Löhne beziehen, die auch das Anlegen von Reserven für die Altersvorsorge erlauben. Es ist ebenfalls unbestritten, dass die Staatsfinanzen bei einer Annahme der Initiative entlastet würden. Wie hoch die Entlastung wäre, ist jedoch schwierig vorauszusagen, da sich das Ruhegehalt jeweils nach der individuellen Situation der zurücktretenden Person (Alter, Amtszeit) berechnet.

Eines ist jedoch sicher: Den InitiantInnen geht es nicht um Umverteilung, sie wollen keine Solidarität und keinen Ausgleich zwischen denjenigen, die einen hohen Lohn beziehen und viel besitzen und den „NormalverdienerInnen“, die kein Vermö-

gen haben. Wenn man die politischen Aktivitäten der GIP in Basel anschaut, merkt man rasch, dass der „Mittelstand“, für dessen steuerliche Entlastung sich diese Partei unermüdlich engagiert, ein Jahreseinkommen ab 200'000 Fr. pro Jahr generiert.

Abgesehen davon wurde die Ruhestandsregelung für Magistratspersonen im Rahmen der Revision des Pensionskassengesetzes angepasst und die aktuelle, nach unten angepasste Regelung ist erst seit 2016 in Kraft.

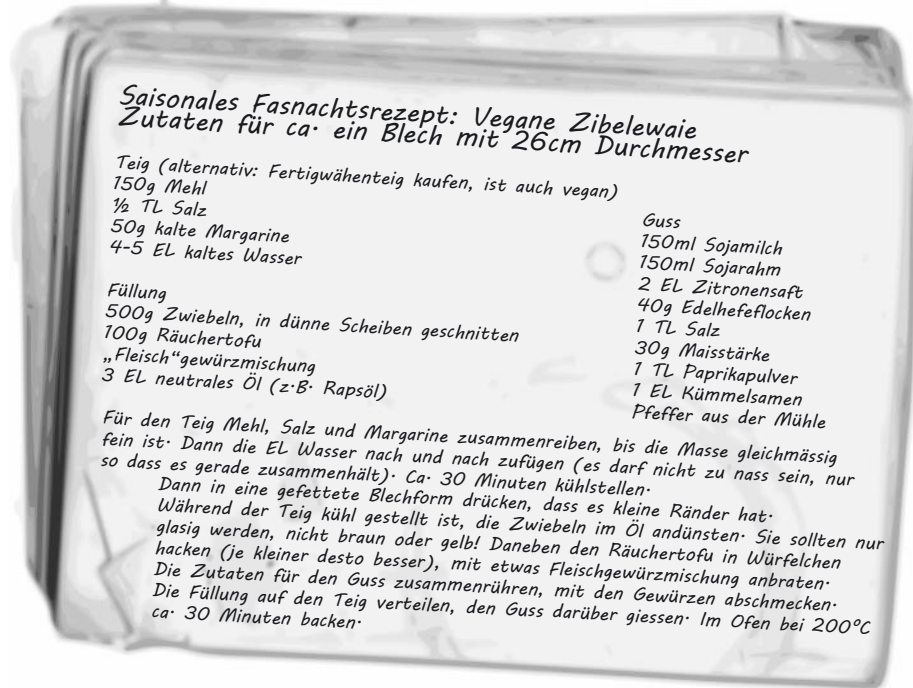
Fazit: Die Initiative ist dermassen verlogen, dass sie eigentlich nur Nichtbeachtung verdient.



Heidi Mück, Co-Präsidentin BASTA!

ABSTIMMUNGEN

Ein Gewinn für alle – Ja zu nachhaltiger und fairer Ernährung



Die Initiative für nachhaltige und faire Ernährung will vegane und vegetarische Ernährung fördern – ohne jedoch einzuschränken oder gar zu verbieten. Dies bedeutet einen Fortschritt im Umweltschutz, in der globalen Gerechtigkeit und in der Beachtung der Würde des Tieres.

Die Initiative von Sentience Politics verlangt konkret, dass der Kanton Massnahmen zur Förderung einer vegetarischen und veganen Ernährung ergreift. Er soll ein Leitbild dazu ausarbeiten, und insbesondere die Ausbildung der Köch*innen in der Zubereitung ausgewogener veganer und vegetarischer Gerichte fördern; dafür sorgen, dass im Hauswirtschaftsunterricht die Schüler*innen stärker damit vertraut werden und öffentliche Einrichtungen darin fördern, ihr vegetarisches und veganes Angebot zu erweitern. Ausserdem sollen die Mensen von öffentlichen Einrichtungen im Kanton (z.B. Uni, Schulen, Spitäler), falls sie mehr als ein Menü anbieten, auch in Zukunft eines davon vegan anbieten. Es ist klar eine Ausweitung des Angebots, eine Ausweitung des Horizonts der Essgewohnheiten, ein Plus – nicht ein Minus. Wer weiterhin Fleisch essen möchte, wird darin nicht behindert – es wird ja nur ein zusätzliches Menü eingeführt.

Warum sollten wir überhaupt eine vermehrt pflanzliche Ernährung wollen? Für eine umfassende Darstellung möchte ich auf die Webseite von Sentience Politics verweisen, die die Auswirkungen eines hohen Konsums tierischer Produkte (was eben nicht nur Fleisch ist) auf Umwelt, Klima, Landverbrauch, Wasserverbrauch, die Nahrungsmittelsouveränität und –sicherheit der

Schweiz und auch der Gesundheit wissenschaftlich aufgearbeitet hat. Für mich als Junge Grüne ist der Beitrag der Tierhaltung an die Klimaerwärmung am zentralsten – sie trägt global gleich viel wie der ganze globale Verkehr. Ausserdem kann die Ernährung der Weltbevölkerung durch eine vermehrt pflanzliche Lebensweise langfristig viel besser gesichert werden, da die Platz-, Wasser- und Futtermittelverschwendung direkt einem Nahrungsmittelanbau für Menschen weichen kann. Zudem ist die heutige Form der Nutztierhaltung, auch in der Schweiz, für mein Verständnis tierquälerisch. Darum ist für mich und auch das jgb klar, dass aus grüner und sozialer Sicht diese Initiative Sinn hat. Natürlich sind auch andere Aspekte bei einer nachhaltigen Ernährung zu berücksichtigen – wie Regionalität und Saisonalität. Ein Stück Schweizer Fleisch, das mit Soja aus Brasilien gefüttert wurde (wie leider auch zum grossen Teil das Biofleisch) ist jedoch nie regional. Dass es für die Umwelt besser ist, regional und saisonal zu essen, ist uns aber schon viel mehr im Bewusstsein, als die Auswirkungen der Tierhaltung. Die Regionalität von Produkten kann nach wie vor zusätzlich gefördert werden. Deswegen finde ich es richtig, dass die Initiative hier ansetzt.



Meret Rehmann, Vizepräsidentin jgb

Parolen vom 04. März in Kürze

National:
NEIN zu NoBillag

JA zum Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung

Kantonal:
JA zu «Nachhaltige und faire Ernährung»

Bewusster Verzicht auf eine Parole zur Initiative «Für eine zeitgemässe finanzielle Absicherung von Magistratspersonen (Keine goldenen Fallschirme mit Steuergeldern)»:



JA zu «Nachhaltige und faire Ernährung»

Ein Drittel der Umweltauswirkungen in der Schweiz basiert auf der Ernährung. Der grösste Teil davon entsteht bei der Produktion von Fleisch und tierischen Produkten. Gleichzeitig führt der Preisdruck in der Fleischindustrie zur Zunahme der Massentierhaltung.

BastA! unterstützt deshalb die Initiative für eine nachhaltige und faire Ernährung, welche den Konsum veganer Produkte durch die Weiterbildung von Köch*innen und das Angebot veganer Speisen in Mensen fördern will. Dadurch werden Anreize für den Verzicht auf tierische Produkte gesetzt, ohne die Wahlfreiheit der Konsument*innen einzuschränken.

«Für eine zeitgemässe finanzielle Absicherung von Magistratspersonen»

«Armer Mann und reicher Mann standen da und sah'n sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.» Bertolt Brecht

Grosse Teile der Bevölkerung sehen in der grosszügigen Absicherung von Politiker*innen im Vergleich zu ihren eigenen Möglichkeiten eine grosse Ungerechtigkeit – und das zu Recht. So lange die Mieten und Krankenkassenprämien explodieren und Menschen von ihrem Einkommen nicht leben können, gibt es viel, das umverteilt werden muss. Das gleiche gilt in Fragen der Bildung, der Kultur und für das Gesundheitswesen. Privatisierungen und Sparmassnahmen mit katastrophalen Folgen für die Bevölkerung nehmen zu. Daran sind nicht zuletzt auch unsere Regierungsrät*innen beteiligt. Die Initiative führt jedoch nicht zu Umverteilung. Sie dient der GLP lediglich dazu, sich als Robin Hood der Steuerzahler*innen gegen das «Politestablishment» aufzuspielen. Dies ist besonders verlogen, da die Initiat*innen sich sonst primär für Steuergeschenke für Reiche einsetzen.

Anstatt über «goldene Fallschirme» für Regierungsmitglieder zu polemisieren, ist es notwendig konkrete Umverteilungsprojekte voranzubringen und für gute Bildung, bezahlbare Mieten, sichere Einkommen und einen kantonalen Mindestlohn zu kämpfen – Dinge, die der Bevölkerung wirklich nützen.»

Kein Kahlschlag bei der Medienvielfalt



Im Internet wird eine populistische Parallel-Realität herangezogen. Umso wichtiger ist das leidenschaftliche links-grüne Engagement gegen die No-Billag-Initiative.

Die Medienkonzentration geht munter voran. So hat im Dezember der US-Unterhaltungskonzern Disney für 66 Milliarden Dollar grosse Teile des «Fox»-Imperiums von Trump-Freund Rupert Murdoch übernommen. Zur globalen Disney-Familie gehört neu auch die europäische Fernsehgesellschaft Sky. Diese bietet in der Schweiz seit Sommer 2017 eine «Sports-App» an. Für «nur» 19.90 Franken pro Monat kann man zwölf internationale Sportwettbewerbe auf Computer, Smartphone oder Tablet verfolgen. Schweizer Fussball, Schwingen oder Skifahren gehören nicht dazu. Dazu braucht es andere (kostenpflichtige) Apps.

Smartphone-Demokratie

Die Kommunikationsbranche ist im Umbruch. Die Digitalisierung verlagert die Angebote zunehmend ins Internet. Dort buhlen nicht nur traditionelle Titel und journalistische Beiträge um Aufmerksamkeit. Dort sind auch die «Fake News»

und Filterblasen der Social Media präsent. In ihrem Buch «Smartphone-Demokratie» hat die Journalistin Adrienne Fichter aufgezeigt, wie Meinungsbildung heute funktioniert: Rechtspopulisten, bezahlte «Trolle» oder Roboter-Bots schaffen neue selektive Realitäten und bringen die Emotionen mit Klicks und Kommentaren zum Kochen. Viele können oder wollen diese Propaganda nicht mehr von unabhängigen Informationen unterscheiden. Sie leben in Filter-Blasen, die nur noch bestätigen, was sie ohnehin schon zu wissen glauben. Auch in der Schweiz wollen die Rechtspopulisten die Lufthoheit über die Information ergattern. Legendär ist der Youtube-Sender «Teleblocher». Doch viel relevanter sind die Einkaufstouren auf dem realen Markt: Nach Weltwoche und Basler Zeitung gehören neu auch die Gratis-Titel der Zehnder-Medien zum Blocher-Imperium. Sie erreichen wöchentlich gegen 800 000 LeserInnen in der Nord-, Zentral- und Ostschweiz. Immer wieder sind auch andere Titel als Übernahmekandidaten im Gerede. Das Bieler Tagblatt, Tamedia oder die NZZ-Regionalmedien. Letztere wollen sich nun durch das Zusammengehen mit den AZ-Medien eine Zukunftsperspektive schaf-

fen. Tamedia ihrerseits hat kurz vor Weihnachten die Goldbach-Medien gekauft und steigt damit ins (ausländische) Fernsehwerbebusiness ein. Der Konzentrationsprozess geht also weiter. Und gleichzeitig werden bei allen Titeln Stellen gekürzt und journalistische Leistungen abgebaut.

Nein zu «No-Billag» – und darüber hinaus!

Wenn in dieser fragilen Situation mit der No-Billag-Initiative auch noch das gebührenfinanzierte Radio und Fernsehen abgeschafft werden soll, dann sind die demokratischen Grundwerte in Gefahr. Unabhängige publizistische Service-Public-Medien sind die Voraussetzung dafür, dass sich die BürgerInnen sachgerecht über die Lage der Welt informieren, Meinungen bilden, Debatten führen und schliesslich Entscheidungen treffen können.

Es braucht deshalb unser volles Engagement, um die No-Billag-Initiative abzuschmettern. Auch wenn wir die SRG zu teuer finden und Verbesserungspotential bei Sendungen und Struktur vorhanden ist, dürfen wir nicht zulassen, dass per se das ganze Konstrukt vernichtet wird. Macht deshalb bei unserer Kampagne mit und verteidigt leidenschaftlich die demokratischen, sozialen und ökologischen Grundwerte. Auch im Internet!



Sibel Arslan, Nationalrätin BastA!

GESUNDHEIT

Neoliberaler Unfug im Gesundheitswesen

Auslagerungen und Privatisierungen greifen auch im Gesundheitsbereich um sich. In der Diskussion um die Fusion der öffentlichen Spitäler beider Basel fordern bürgerliche PolitikerInnen einmal mehr die vollständige Privatisierung der öffentlichen Spitäler. Welch schwerwiegende Folgen diese neoliberale Doktrin gerade auch in der medizinischen Grundversorgung zeitigt, macht der folgende Artikel anhand eines aktuellen Beispiels aus dem Raum Zürich deutlich.

Ende November 2017 gab die Clenia Group

AG, eine Gruppe verschiedener Privatkliniken im Raum Zürich und der Ostschweiz, bekannt, dass sie das Psychiatrische Zentrum Männedorf (PZM) im Juni 2018 aus wirtschaftlichen Überlegungen schliessen und in den bestehenden Gebäulichkeiten eine Gruppenpraxis einrichten will. Dadurch geht ein wichtiges sozialpsychiatrisches Angebot am rechten Zürichsee verloren.

Neben der allgemeinen und der alterspsychiatrischen Tagesklinik werden auch die Gruppentherapieangebote verschwinden. Für entsprechende Angebote wird auf Wetzikon verwiesen. Ein Weg, der für viele der

Betroffenen auf Grund ihrer Erkrankung nicht machbar ist. Bei PatientInnen, die auf solche Angebote angewiesen sind, handelt es sich um Menschen mit schweren psychischen Beeinträchtigungen, die nicht nur Gespräche und Medikamente vom Psychiater, sondern zusätzlich Unterstützung durch Pflegefachleute, SozialarbeiterInnen oder Bewegungs- und MaltherapeutInnen brauchen. Die Nachfrage nach Institutionen, die das anbieten, ist sehr gross. Weshalb also die Schliessung?

Ambulante Leistungen, und dazu zählen auch Tageskliniken, werden, anders als

stationäre Leistungen, nicht vom Kanton mitfinanziert. Dazu kommt, dass in der Sozialpsychiatrie die Krankenkassen nur die ärztlichen Leistungen vergüten. Ein Problem, dass sowohl private wie staatliche psychiatrische Institutionen betrifft. Bei staatlichen Institutionen muss allerdings der Kanton die nicht ärztlichen Angebote als gemeinwirtschaftliche Leistungen mitfinanzieren.

Zwischen dem Kanton und dem PZM beziehungsweise der Clenia Group AG besteht ein psychiatrischer Versorgungsauftrag, mit anderen Worten, die Clenia ist verpflichtet, für die Versorgung aller PatientInnen zu sorgen, also auch für allgemein versicherte. Ausserdem muss sie, und das ist gerade in der Sozialpsychiatrie wichtig, alle Krankheitsbilder berücksich-

tigen. Privatkliniken, die keinen Versorgungsauftrag haben, können sich ihre PatientInnen aussuchen. Sozialpsychiatrische PatientInnen mit schweren Krankheitsbildern (Schizophrenie, schwere Angststörungen, chronische Schmerzen) und akut suizidgefährdete Menschen sind daher meist in staatlichen Kliniken anzutreffen. Doch gerade sie brauchen eine intensive Nachbetreuung, die ihnen auch hilft, eine Tagesstruktur zu finden und die Angehörigen zu entlasten. Eine ambulante Therapie bei Freipraktizierenden kann diese Aufgabe nicht leisten. Die Betroffenen brauchen Tageskliniken, Sozialarbeit und verschiedene Gruppentherapien. Alles Angebote, die von den Krankenkassen nicht oder nur zum kleinen Teil übernommen werden.

Das Beispiel Männedorf führt deutlich vor

Augen, welche Konsequenzen Auslagerungen und Privatisierungen im Gesundheitsbereich haben. Weder können dadurch Kosten eingespart werden, noch werden die Angebote qualitativ besser. Das Gegenteil ist der Fall. Eine private Institution kann den vom Staat übernommenen Versorgungsauftrag aus Renditegründen jederzeit wieder aufkündigen, was zu einer Verschlechterung der Versorgung im medizinischen Bereich führt.

Ruth Waldvogel

NACHRUH

«Wirken in dieser Zeit»

Der Tod des PdA-Politikers Ruedi Bantle ist ein grosser Verlust, weit über die Parteigrenze hinaus. Die Basler Linke verliert einen unentwegten Streiter und eine ihrer wichtigsten Integrationsfiguren.

Am 24. Dezember 2017 ist der Basler PdA-Politiker Ruedi Bantle im Alter von 91 Jahren gestorben. Die Bestattung fand im engsten Familienkreis und auf Ruedis Wunsch fast ein wenig im Verborgenen statt. Deshalb bekunden wir erst jetzt öffentlich unsere Trauer um einen verdienten Freund und wohl beispiellosen, unermüdlichen und stets engagierten Mitstreiter für eine bessere Welt.

Die Grundwerte der Arbeiterbewegung hat Ruedi bereits mit der Muttermilch aufgesogen. Schon seine Eltern waren Mitglieder der Kommunistischen Partei und Gründungsmitglieder der PdA, der auch Ruedi sein gesamtes Leben treu blieb.

Der Mechaniker und Kranführer las sich autodidaktisch ein politisches, ökonomisches, philosophisches und künstlerisches Wissen an, das manchem Akademiker gut anstehen würde. Und sein politischer Leistungsausweis spricht Bände: Brigadist beim Ausbau des bulgarischen Eisenbahnnetzes, Mitglied im Zentralkomitee der PdA, Einsatz für Ambulatorien in den Basler Quartieren, für die Annahme des neuen Abbruchgesetzes, die Initiative «Grün statt Grau» und der Parkinginitiative. Später wurde er Redaktor der PdA-Zeitung «Vorwärts». Ausserdem war er von 1972 bis 1984 Grossrat und später Bürgergemeinderat. Hinzu kommt die unermüdliche politische Beinarbeit, bei der Organisation

von Demos, als Bewilligungsnehmer, beim Unterschriftensammeln und Zeitungsverteilen.

Obwohl er bis zum Ende der «orthodox» marxistischen PdA treu blieb und das nicht nur auf Gegenliebe stiess, machten ihn seine grosse Offenheit und spürbare Integrität zum Bindeglied zwischen den verschiedensten sozialen Bewegungen, politischen Splittergruppen und auch den Generationen. Von den alten Schlachtrössern der traditionellen Arbeiterbewegung bis zu den jugendlichen Hitzköpfen in den besetzten Häusern: Alle schätzten seine Verlässlichkeit, den weisen Ratschlag des erfahrenen Kämpfers und einen stets anregenden Diskussionspartner.

Ebenso wie sein politischer Kampfgeist, gehörte auch seine Lebensfreude und Genussfähigkeit zur Persönlichkeit Ruedi Bantle. Ausgedehnte Sonnenbäder im St.Johanns-Badhüsi, sein täglicher Rheinschwimm, das Skifahren, dass er bis ins hohe Alter mit halsbrecherischem Enthusiasmus betrieb - und natürlich die Kunst. Mit seinem Mechanikerlohn hatte er im Verlauf der Jahrzehnte für wenig Geld rund 300 Originaldrucke und Zeichnungen gekauft. Von bedeutenden Künstlerinnen und Künstlern der Arbeiterbewegung, wie Käthe Kollwitz, Georg Grosz, Paul Camenisch oder Franz Masereel.

Vor 5 Jahren begannen Ruedi und Erika den grössten Teil der Sammlung zu verkaufen. Den mehr als stattlichen Erlös spendete das Ehepaar – selbstlos wie immer - an soziale Projekte in Vietnam und Afrika, die Zeitung «Vorwärts», das Zentralamerikakomitee und



Ruedi Bantle, 1970er Jahre
Foto: Claude Giger

an ein Behindertenheim in Havanna.

In einem Gespräch, das ich vor vier Jahren mit Ruedi führte, war er mit sich, der Welt und dem absehbaren Tod im Reinen. Zusammenfassend sagte er: «Ich bereue nichts und bin mir selber immer treu geblieben. Ich hab immer nach dem Motto von Käthe Kollwitz gelebt: 'Ich will wirken in dieser Zeit, nicht mehr und nicht weniger.»

Udo Theiss

1968 – was bleibt?

Karl Marx inspirierte die 68er-Bewegung. Die Frühschriften regten Debatten über die Entfremdung und das Menschenbild an. Das Kapital half, den Kapitalismus zu analysieren. Und das Kommunistische Manifest rüttelte zum Klassenkampf auf.

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus“, so begann das Manifest (1848). Alle Mächte der Welt, vom Papst bis zum Zar, hetzen das Gespenst. Die 68er-Bewegung nahm es auf. Vor 50 Jahren häuften sich politische Proteste. Der 68er-Aufbruch reagierte auf autoritäre Strukturen. Er hinterfragte etablierte Gewohnheiten und trug - mit Widersprüchen - dazu bei, unsere Gesellschaft zu demokratisieren. Was weiter nötig ist.

Kommunistisches Manifest

Unsere kapitalistische Gesellschaft spaltet sich in „Bourgeois und Proletarier“. Damit befassten sich Marx und Engels im ersten Teil des Manifests. Die bisherige gesellschaftliche Entwicklung ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Die industrielle Revolution und der Weltmarkt bringen antagonistische Klassen hervor. Auf Lohnarbeit angewiesen, sinkt der untere Mittelstand zum Proletariat ab. Die Arbeitskraft verkommt zur Ware. Die Bourgeoisie schaltet immerhin reaktionäre feudale Kräfte aus. Sie besitzt und erneuert die Produktionsmittel. Und die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.

Um „Proletarier und Kommunisten“ geht es im zweiten Teil. Sie haben gleiche Interessen und betrachten den Boden als Gemeingut. Sie wollen das bürgerliche Eigentum und die Bildung allen zugänglich machen. Die herrschenden Ideen sind die Ideen der Herrschenden. Zunächst gilt es, Demokratie zu erkämpfen und die Produktionsmittel in den Händen des organisierten Proletariats zu zentralisieren. Im dritten Teil „Sozialistische und kommunistische Literatur“ polemisieren Marx und Engels gegen Spielarten eines aristokratischen, kleinbürgerlichen, angeblich wahren oder bourgeoisen Sozialismus. Zuletzt kommen sie zum kritisch-utopischen Sozialismus. Frühe Ansätze (von Saint Simon, Fourier, Owen) wirkten noch aufklärerisch, spätere schwächten mit ihren gemeinschaftlichen Ideen den Klassenkampf. Der vierte und letzte Teil handelt von der „Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien“. Die bourgeoise Revolution leitet die proletarische ein. Kommunisten verbünden sich mit progressiven Kräften. Sie kämpfen mit bourgeoisen gegen feudale und verbinden

demokratische Parteien aller Länder. Und dann schreitet die Revolution voran: Die Waffen, mit denen die Bourgeoisie den Feudalismus bekämpfte, richten sich jetzt gegen sie. Die Proletarier können dabei nur ihre Ketten verlieren.

Wenn ich das Manifest heute lese, irritieren mich absolute, deterministische und kriegerische Aussagen. Sie stellen eine emanzipative Wirkung infrage. Aber das Manifest ist ein Kind seiner Zeit. Restaurative Kräfte befanden sich damals im Widerstreit mit bürgerlich-demokratischen und revolutionären. Die industrielle Revolution verhalf frühen Kapitalisten zu viel Reichtum. Zugleich verelendeten Teile des Proletariats. Empört schrieben Marx und Engels gegen dieses Unrecht an. Ihre Stimme ermutigte dazu, Widerstand zu leisten. Das versuchte auch die 68er-Bewegung.

„Unter dem Beton wächst Gras.“

Seien wir realistisch, verlangen wir das Unmögliche. Dieser Aufruf prangte 1968 an vielen Mauern und öffnete Horizonte. Er versprach kein Paradies, lockerte aber enge Sichten auf. Er deutete das Mögliche im scheinbar Unmöglichen an, symbolisch, realistisch. Wer alte Muster angeht, entdeckt neue Freiheiten. „Unter dem Pflaster liegt der Strand“ Was sein könnte, ist vorstellbar. Und zeitlich verschoben realisierbar. Stadtgärten mit Solaranlagen auf Hausdächern dokumentieren kleine Schritte. Was einst kaum denkbar war, ist inzwischen verwirklicht.

In der Schweiz strahlt das Fernsehen seit 1968 farbig aus. Schwarz-weiss ist passé. Die Tagesschau berichtete damals über Proteste. „Wehret den Anfängen!“, titelte die Neue Zürcher Zeitung am 17. Juni 1968. In der Bürgerschaft steige der Unmut und der Sinn für large Toleranz schwinde. Am 9. Mai 1968 beteiligten sich 50'000 Bürgerinnen und Bürger an einer Vietnam-Aktion der Caritas. Am 13. Juni 1968 forderten Demonstrierende in Zürich ein autonomes Jugendzentrum.

Der Vietnamkrieg bewegte in den sechziger Jahren viele Gemüter. Ebenso die Diskriminierung der Schwarzen in den USA sowie die Ermordung des Bürgerrechtlers Martin Luther King. Das Musical Hair symbolisierte den aufbrechenden Widerstand. Gegen das Establishment sangen, etwas kommerzialisiert, auch die Beatles und die Stones an, die 1967 sogar in Zürich auftraten. Jungs liessen die Haare wachsen, Mädels trugen kürzere Röcke. Lehrlinge und Schülerinnen forderten autonome Jugendzentren, Studierende und Werk tätige mehr Mitbestimmung.



Ueli Mäder: 68 – was bleibt?

Das Buch enthält mit Bildteil ca. 400 Seiten, basiert auf hundert Interviews sowie zahlreichen Dokumenten, kostet Fr. 48.- (mit Vermerk Greenfo Fr. 40.-) und erscheint im Mai 2018. Bestellung über: info@rotpunktverlag.ch

Und Frauen wollten den Männern rechtlich endlich gleich gestellt sein. Das löste in Familien, an Arbeitsplätzen und in der Öffentlichkeit viele Konflikte aus. Mit Erfolg.

Unverheiratete durften allmählich zusammen leben, Frauen an politischen Abstimmungen teilnehmen. Eine offenere Kultur der Auseinandersetzung verbreitete sich. Die 68er-Bewegung blieb auch über Folgeprojekte und engagierte Personen wirksam. 30 Jahre Grünes Bündnis zeugen davon! Daran lässt sich anknüpfen - mit Lust, unsere Gesellschaft zu gestalten. Ja, engagieren wir uns mit aufrechem Gang, indem wir selbst tun, was wir fordern. Plurale Grundlagen verlangen soziale Verbindlichkeiten und eine Identität, die Widersprüche bewusst zulässt. Dazu gehört Mut zur Auseinandersetzung, zudem Achtsamkeit, damit wir lebendig bleiben. Unter dem Beton wächst Gras.



Ueli Mäder